

Zwischen Brüssel und Berlin



Brüssel macht Politik

Die meisten europäischen Unternehmen können es sich gar nicht mehr leisten, Brüssel den Rücken zuzuwenden. Neben den klassischen EU-Politikfeldern Binnenmarkt-, Handels- und Wettbewerbspolitik baut die EU ihren Einfluss auch in anderen Bereichen ständig aus.

Jüngstes Beispiel ist die Umweltpolitik. Auf einer Welle öffentlicher Unterstützung reitend, hat sich die Europäische Kommission nun den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Ambitionierte Ziele für erneuerbare Energien, zum Energieeinsparen und die zweite Phase des Emissionshandels stehen auf der Tagesordnung.

Dass die Entscheidungskompetenz in vielen Bereichen nach Brüssel abgewandert ist, heisst aber nicht, dass Public-Affairs-Abteilungen von Unternehmen nun ohne Arbeit sind. Eher das Gegenteil ist der Fall! Aufgrund der oft sehr spezifischen Natur von EU-Gesetzen wächst gleichzeitig auch die Nachfrage der europäischen Institutionen nach Expertise. Ob Joint Technology Initiatives oder High Level Groups vor allem die Kommission aber auch das Europäische Parlament zählen zunehmend auf Austausch mit der Wirtschaft.

Dies gilt aber auch in traditionellen Brüssler Kernkompetenzen wie dem Wettbewerbs- und Beihilfenrecht. Die entschlossene Linie der Kommission gegen unzulässige Kartelle oder mangelnden Wettbewerb haben in jüngster Zeit die Aushängeschilder der deutschen Industrie, von Siemens über die Deutsche Telekom bis hin zu Volkswagen schmerzhaft am eigenen Leib zu verspüren bekommen. Das lässt keinen Zweifel am Durchsetzungsvermögen des Brüsseler Wettbewerbshüters. Auch hier sind die richtigen Kontakte und gute Kommunikation mit der Kommission gefragt, um schon im Vorfeld Probleme zu lösen und sich nicht erst das erste Mal vor dem Europäischen Gerichtshof zu treffen.

Kurz: Wer gute Argumente und seriöse Expertise liefert, ist gefragt und wird auch gehört. In Brüssel fressen nicht die Großen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen.



Gregor Kreuzhuber

ist Partner der EU-Kommunikationsberatung GPlus Europe
gregorkreuzhuber@gpluseurope.com

Mehr und mehr Unternehmen wird klar, dass die nationalen Hauptstädte und Brüssel ein eng verknüpftes, oftmals aber undurchschaubares Konstrukt bilden. Die Frage: Hat Berlin noch das Sagen oder bestimmt heute Brüssel? Ein Pro und Contra.

Berlin entscheidet Ablauf

Viele entscheidende Beschlüsse werden zwar in Brüssel gefasst, doch die elementare Rolle der Mitgliedsstaaten darf nicht unterschätzt werden. Anstöße für die Europapolitik kommen oft direkt aus den Hauptstädten. Deutschland ist gerade in der Wirtschaftspolitik als größter Mitgliedsstaat ein entscheidender Spieler, und das nicht nur zu Zeiten der Ratspräsidentschaft.

In der Energiepolitik beispielsweise war Deutschlands Einsatz für verbindliche Ziele für erneuerbare Energien ausschlaggebend

für die jüngsten EU-Beschlüsse zum Klimaschutz. Die Position Deutschlands wird zunächst aber in Berlin, nicht in Brüssel definiert. Für deutsche Unternehmen ist und bleibt daher die Regierung zentraler Bestandteil ihrer Interessenvertretung.

Aber auch andere nationale Aspekte, wie Parteipolitik beeinflussen deutsche Positionen in Brüssel. Minister Gabriel beispielsweise möchte sein umweltpolitisches Profil und das seiner Partei schärfen. Er tritt daher in Brüssel oft als „Musterschüler“ in Sachen Klimaschutz auf.

Der Einfluss von Mitgliedsstaaten ist in Brüssel oft spürbar, bevor die Kommission überhaupt ein Gesetz vorschlägt. Denn Kommissionspräsident Barroso und seine Beamten wissen, dass es beinahe unmöglich ist, einen Vorschlag durch den Ministerrat zu bekommen, der nicht von einer kritischen Anzahl von Mitgliedsstaaten getragen wird. Bei dieser Kalkulation fallen große Länder wie Deutschland besonders ins Gewicht. Ob REACH oder die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes: Berlins Position wird oftmals schon im Voraus mitberücksichtigt.

Gleichzeitig spielt die Expertise der Wirtschaft auch eine ausschlaggebende Rolle bei der Umsetzung von EU-Beschlüssen. Registrierungsanforderungen für Chemikalien werden zwar per Richtlinie von Brüssel verordnet, doch deren Umsetzung erfolgt anhand von nationalen Gesetzen.

Fazit: Regierung und Parlament in Berlin sowie in den Landeshauptstädten bleiben Eckpfeiler der Interessenvertretung.



Ralf Welt

ist Geschäftsführer von dimap communications
r.welt@dimap-communications.de